

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telefax: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Willy Brandt MdB, SPD-Vorsitzender, wertet die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen: Auf dem Weg zur nationalen Versöhnung. Seite 1

Eckart Kuhlwein MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Bildungsausschuß des Bundestages, warnt vor dem Versagen der Regierung in der Lehrstellen-Frage. Seite 3

Egon Lutz MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Arbeitsausschuß des Bundestages, weist auf Strauß als Familienpolitiker hin: Die Besserverdienenden dürften sich freuen. Seite 5

Rudolf Hartung, Juso-Bundesvorsitzender, fragt, ob die Regierung Reagan die Konservative Aktion unterstützt. Seite 6

38. Jahrgang / 138

22. Juli 1983

Ein dringend gebotener, positiver Schritt

Zur Aufhebung des Kriegsrechtes in Polen und der Verkündung einer Teilamnestie

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Aufhebung des sogenannten Kriegsrechts in Polen ist zu begrüßen. Allerdings wird diese Entscheidung nur dann als Zeichen der Hoffnung verstanden werden können, wenn sie tatsächlich zu mehr Freiheitsrechten für die betroffenen Bürger führt. Es wäre zu bedauern, wenn dies nur sehr begrenzt der Fall sein sollte.

Die Aufhebung des "Kriegsrechts" ist mit einer Amnestie verbunden. Die Genugtuung darüber, daß auch zahlreiche Anhänger der Gewerkschaftsbewegung "Solidarität" in die Freiheit entlassen werden, wird dadurch getrübt, daß mehrere bekannte Häftlinge von der Amnestieregelung ausgenommen bleiben. Die Freunde Polens werden die weitere Entwicklung sehr aufmerksam begleiten.

Die Aufhebung des Kriegsrechts wird mit der Verabschiedung eines Sondergesetzes verbunden, das der Regierung zumindest bis Ende 1984 weitreichende außerordentliche Befugnisse gibt sowie die Einschränkung der Rechte von Arbeitern, Künstlern, Studenten und Journalisten und auch das Verbot der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft "Solidarität" vorsieht. Die neu in die polnische Verfassung eingeführten Ver-



fassungsbestimmungen des Inneren Notstands, können - wie die Erfahrung in anderen Ländern lehrt - zu einer sehr unterschiedlichen Handhabung solcher Ausnahmeregelungen führen. Deshalb wird ein abschließendes Urteil über die mit dieser Verfassungsänderung verbundene politische Absicht erst aufgrund der Praxis der nächsten Monate und Jahre möglich sein.

Dies gilt übrigens für viele der Maßnahmen, die mit der Aufhebung des Kriegsrechts verbunden sind. Mit der Aufhebung des Kriegsrechts tritt gleichzeitig der Militär-rat ab, die Funktionen der Militärgerichtsbarkeit werden wieder eingeschränkt und die Militärkommissare schrittweise wieder aus den Betrieben zurückgezogen. Trotzdem ist noch nicht völlig abzusehen, ob das Militär - wie nicht selten in der polnischen Geschichte - weiterhin politische Funktionen wahrnimmt, und wie die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei die jetzt verfassungsrechtlich verankerte "führende Rolle der Arbeiterklasse" praktisch und in Übereinstimmung mit den von den Nachbarstaaten geforderten marxistisch-leninistischen Grundsätzen wahrnehmen will.

Insgesamt gesehen bleibt die Aufhebung des Kriegsrechts ein positiver Schritt, der zur dringend gebotenen nationalen Versöhnung beitragen kann. In diesem Zusammenhang darf an die Danziger Vereinbarung erinnert werden, an die die polnische Führung sich selber als politische Leitlinie gebunden hatte. Wenn die polnische Führung im Sinne der Danziger Vereinbarung gesellschaftliche Reformen, das Verlangen nach mehr Rechten für die polnischen Arbeiter und ihre Gewerkschaften und den ständigen Dialog mit der Kirche schrittweise wieder zum Inhalt ihrer eigenen Politik werden läßt, dann kann diese Chance der nationalen Versöhnung zur politischen Wirklichkeit werden und europäische Bedeutung erlangen.

(-/22.7.1983/ks/va)

+ + +



Ist die Lehrstellen-Lüge vorprogrammiert?

Die Bundesregierung muß jetzt endlich handeln

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft

Die Aussagen der Union im Bundestagswahlkampf 1983 waren eindeutig: Jeder Jugendliche, der in diesem Jahr eine Lehrstelle sucht, sollte auch eine bekommen. Nach einem Gespräch mit den Wirtschaftsverbänden hatte Bundeskanzler Kohl auch die Zahlen parat. Die Arbeitgeber - so verkündete er dem staunenden Publikum - würden 30.000 Plätze mehr anbieten, als die wahrscheinliche Nachfrage betragen dürfte, 656.000 Jugendliche würden einen Platz suchen - so jedenfalls die eigenen Berechnungen der Bundesregierung. 686.000 angebotene Plätze müßten demgemäß ausgewiesen werden.

Inzwischen ist fast ein halbes Jahr vergangen. Die ersten Auszubildenden/Lehrlinge beginnen in diesen Tagen mit ihrer Ausbildung. Und Zigtausende haben noch keinen Platz gefunden. Manche von ihnen haben beim Bundeskanzler persönlich nachgefragt und wurden - wie praktisch - an die Arbeitsämter verwiesen, bei denen sie meist ohnehin bereits Stammkunden waren. Andere haben sich mit Bewerbungen die Finger wund geschrieben. Wieder andere haben erstmal resigniert und gehen noch ein weiteres Jahr in schulische Vorbereitungsmaßnahmen, die eine Ausbildung nicht ersetzen können.

Noch ist nicht endgültig Bilanz gezogen - die Bundesanstalt für Arbeit pflegt erst zum 30. September ihre bereinigte Statistik vorzulegen. Erst dann kann man sagen, wie hoch die Zahl der Unversorgten 1983 geblieben ist. Aber wenn nicht alle Zeichen trügen, wird diese Zahl höher liegen als im Vorjahr (36.000) und Zehntausende von Jugendlichen werden vergeblich darauf gewartet haben, daß der Bundeskanzler seine Garantie aus dem Wahlkampf einlöst.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, der sicher weit über den Verdacht erhaben ist, etwa das Geschäft der Opposition zu betreiben, zieht diesen Schluß jedenfalls aus den Zahlen, die von den Arbeitsämtern bis heute ermittelt worden sind. Die Arbeitgeberverbände indes wissen es anders. Nach ihren Beteuerungen könnte die Garantie noch in die erforderliche Zahl von Stellen umgesetzt werden. Herr Stingl kann sich natürlich irren. Aber was sollte den CSU-Mann an der Spitze der Arbeitsverwaltung eigentlich dazu veranlassen, den eigenen Leuten das Geschäft zu verderben, wenn nicht die Sorge, daß er am Ende die Prügel dafür einzustecken hätte, wenn er nicht rechtzeitig und andauernd gemahnt und gewarnt hätte? Und in den vergangenen Jahren haben die Warnrufe aus Nürnberg - zumindest was den negativen Trend angeht - die Wirklichkeit jedenfalls weit präziser erfaßt als die Schönfärbereien der Wirtschaft.

Arbeitgeber und Rechts-Koalition haben die aktuellen Probleme bei den Ausbildungsplätzen mißbraucht, um den sozialen Standard für Jugendliche abzubauen. Schutzvorschriften aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz, die Jugendliche vor physischen und psychischen Überbelastungen bewahren sollten, werden durchlöchert und teilweise aufgehoben. "Verbesserung der Ausbildung" nannte die Bundesregierung dieses Vorhaben zynisch. Dabei geht es um langjährige Forderungen vor allem des Handwerks, Lehrlinge besser in den Arbeitsprozeß eingliedern und damit ihre Arbeitskraft besser nutzen zu können. Zusätzliche Ausbildungsverträge sind dadurch nicht zu erwarten. Gerade in den Bereichen, wo am meisten über den Jugendarbeitsschutz lamentiert wurde, ist die Zahl der Ausbildungsverträge seit Verabschiedung des Gesetzes weit überdurchschnittlich gestiegen. Offenbar auch deshalb, weil diese Berufe durch die verbesserten Schutzbestimmungen für junge Menschen attraktiver wurden.



Im Übrigen hat die Bundesregierung ihre Garantie inzwischen relativiert. Sie soll danach nur noch für diejenigen gelten, die "ausbildungswillig" und "ausbildungsfähig" sind. Die Absicht ist deutlich: Wer am Ende des Vermittlungsjahrs noch auf der Straße liegt, soll Unfähigkeit bescheinigt bekommen. Nur persönliche Versager können zu diesem Kreis gehören, wo doch der Kanzler selbst eine Garantie abgegeben hat. Die SPD wird das der Bundesregierung ebenso wenig durchgehen lassen, wie statistische Manipulationen. Wir werden die Erfüllung der Lehrstellen-Garantie daran messen, ob wirklich 686.000 Stellen angeboten worden sind, und ob wirklich alle Jugendlichen versorgt sind, die einen Ausbildungsplatz gesucht haben.

Die SPD hat bereits vor der Sommerpause - in nüchterner Einschätzung des bis dahin erkennbaren Trends - ein "Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" vorgelegt, mit dem rund 60.000 zusätzliche Ausbildungsverträge zustandekommen könnten. Wir sind der Meinung, daß die Zeit zum Handeln längst reif ist. Wer eine Lehrstellen-Garantie verkündet, muß sie - wenn die Arbeitgeber als Bürgen ihre Bürgschaft zurückziehen - durch eigene Aktivitäten ausfüllen. Das erfordert auch das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes. Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember 1980 daran keinen Zweifel gelassen.

Die SPD hat für ein Sofortprogramm des Bundes ein differenziertes Instrumentarium entwickelt, mit dem vor allem Problemgruppen und Problemregionen besser versorgt werden könnten:

- Zusätzliche Plätze bei Verwaltungen und Unternehmen des Bundes
- Hilfen an Kommunen in Problemregionen
- Zuschüsse an Trägervereine für außerbetriebliche Ausbildung
- Aufstockung des Benachteiligtenprogramms
- Förderung des Ausbildungsverbundes
- zusätzliche Maßnahmen für Mädchen in gewerblich-technischen Berufen
- Zuschüsse für die nachträgliche Ausbildung jugendlicher Arbeitsloser
- ein Programm für jugendliche Ausländer
- Verbesserung der Bildungsmaßnahmen im Arbeitsförderungsgesetz für Problemgruppen bei den Jugendlichen.

Wir haben die Sorge, daß am Ende aus der Lehrstellen-Garantie eine Lehrstellen-Lüge werden könnte. Und wir werden darüber mit Sicherheit keine oppositionelle Genugtuung empfinden, weil es um das Schicksal von zehntausenden junger Menschen geht, die nicht das Gefühl bekommen dürfen, in unserer Gesellschaft nicht gebraucht zu werden. Deshalb drängen wir die Bundesregierung. Sie hat es selbst in der Hand, ob sie ihre Garantie noch einlösen will. Wir werden sie im Deutschen Bundestag dafür zur Verantwortung ziehen.

(-/22.7.1983/ks/va)

+ + +



Strauß - der Familienpolitiker

Was auf dem CSU-Parteitag sehr zu Unrecht nicht beachtet wurde

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Alle Welt hat sich vor und während des CSU-Parteitages mit dem Deutschlandpolitiker Franz Josef Strauß beschäftigt und damit, daß er gar nicht mehr soviel Stimmen als die Jahre zuvor bekommen hat. Keiner hat sich um den Familienpolitiker Franz Josef Strauß gekümmert, der auf demselben Parteitag aufsehenerregende Vorschläge zum Kindergeld und zum Mutterschaftsurlaub unterbreitete. Es wird Zeit, diesen Strauß aufzuarbeiten. Der CSU-Vorsitzende begann ganz traditionell: Daß die Deutschen in den Betten nicht mehr so tüchtig sind, war natürlich einzig und allein der sozialliberalen Koalition zuzuschreiben. Es fehle an Lebensfreude und Leistungsbereitschaft, die Familie sei systematisch finanziell ausgezehrt worden und deshalb seien sofortige Kuratkorrekturen vonnöten.

So in Fahrt gekommen, tat der CSU-Chef kund, daß er es für falsch halte, beim Kindergeld 600 bis 700 Millionen Mark einsparen zu wollen und beim Mutterschaftsgeld noch einmal 430 Millionen. Der Vertrauensschutz sei wichtig. Die werdenden Mütter müßten sich auf den bereits eingeplanten Mutterschaftsurlaub sowie auf ein ausreichendes Mutterschaftsgeld verlassen können. Eine solche falsche Entscheidung lasse sich auch nicht durch Versprechungen korrigieren, die geminderten Leistungen ab 1987 auf alle Frauen auszu dehnen. Dem Heiner Geißler müssen gar schrecklich die Ohren geklungen haben an diesem Tag. Besser hätte ein Sozi die skandalösen Sparschritte der Rechtskoalition auch nicht kritisieren können.

Dann aber wird Strauß wieder Strauß. Er beklagt, daß das Kindergeld nach dem Prinzip der Gießkanne über alle ausgeschüttet würde, unabhängig von der finanziellen Bedürftigkeit. Stattdessen wäre es sinnvoll, wieder da anzuknüpfen, wo man zu Adenauers Zeiten war: bei steuerlichen Erleichterungen für die kinderreiche Familie. Also nicht mehr die Gießkanne, sondern dann Füllhorn für die Besserverdienenden.

Soweit hält sich alles noch im Rahmen. Jetzt aber schlägt der große Familienpolitiker zu. Noch vernünftiger wäre es, so meint Strauß, wenn man alle Mütter ab sofort vor die Wahl stelle, ob sie bei Erstkindern ein Jahr lang ein Mutterschaftsgeld von 670 DM im Monat haben oder 16 Jahre lang ein Kindergeld von 50 DM monatlich beziehen möchten. Bei zwei Kindern sollte die Wahl zwischen Kindergeld und zwei Jahre langem Bezug von Mutterschaftsgeld fallen und beim dritten Kind wäre wieder zwischen Mutterschaftsgeld (dann aber Bezugsdauer drei Jahre) und Kindergeld in bisheriger Form zu entscheiden.

Das rechne sich gut, belehrte der CSU-Chef seine Delegierten. Heute gebe der Bund 13,8 Milliarden für Kindergeld und Mutterschaftsurlaub aus. Folge man seinem Plan, sei das ganze um 8,2 Milliarden DM zu haben und man könne sich dann den Kopf zerbrechen, was man mit den übrigen 5,6 Milliarden DM anfangen wolle. Aber die Wasserbüffel im Saal dachten immer nur an den Milliardenkredit für Honecker und so fiel auch diese fruchtbare Strauß-Anregung unter die Borstenviecher.

Da gehört sie übrigens auch hin. Da rechnet sich nämlich nur eins: Hier geht einer mit der Axt an den Stand der familienpolitischen Hilfen, die nicht ohne Grund im letzten Jahrzehnt den Familien die Kindererziehung erleichtert haben. Steuerliche Besitztümer für die Besserverdienenden, das hatten wir ja schon. Und gerade damit hat die sozialliberale Koalition ja Schluß gemacht. Strauß vergißt zu erwähnen, was dann mit den Familien geschieht, die ihr Kindergeld sozusagen über den Mutterschaftsurlaub verfrühstückt haben und dann die restlichen 13, 14 oder 15 Jahre selbst schauen müssen, wie sie ihre Kinder über die Runden bringen ohne jegliche öffentliche Hilfe. Genau genommen dreht es sich wieder darum, die Leistungen für die Familien drastisch zu reduzieren. Es ist wahrlich eine Reform, die sich der Strauß da ausgedacht hat, des allgemeinen Wendemanövers würdig. Mit uns nicht, Herr Ministerpräsident! Lassen Sie sich etwas Besseres einfallen! + + + (22.7.1983/bgy/va)

Neues von der Konservativen Aktion

Wird sie nun von Washington aus unterstützt

Von Rudolf Hartung

Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

"Es waren schlimme Töne, die man hören mußte." So kommentierte ein Mitarbeiter der CDU im Pressedienst seiner Partei den Aufmarsch der Konservativen Aktion am 17. Juni 1983 in Berlin.

"Scheiß-Weizsäcker" oder schlicht "Schwein" waren die Bezeichnungen für den Regierenden Bürgermeister von Berlin, die man bei dieser Gelegenheit hören konnte.

Der Regierungschef von Berlin hatte davor gewarnt, provozierend in Stadtviertel mit einem hohen Anteil ausländischer Bürger zu gehen.

Dabei hatte Weizsäcker für seine Warnung allen Grund: Bei ihren ausländerpolitischen Vorstellungen und beim verbalen Umgang mit politisch Andersdenkenden sind Unterschiede zwischen Konservativer Aktion und neonazistischer NPD nur schwer feststellbar.

Bei ihrem politischen Kreuzzug gegen "Verleumder, Rote, Chaoten, Terroristen, Opportunisten und Feiglinge" ist die Organisation des ZDF-Moderators Gerhard Löwenthal nicht zimperlich.

In dieser Woche machte die Konservative Aktion wieder von sich reden. In Hessen verteilte man weiße Rosen an amerikanische Soldaten. Im Herbst will man zwei Demonstrationen gegen die Friedensbewegung und für Reagans Politik durchführen.

Interessant ist die Behauptung, die Aktion sei "in allen Einzelheiten abgesprochen mit dem US-Generalkonsulat".

Es stellen sich zwei Fragen: Wo sonst noch bedient sich die Reagan-Regierung einer solchen rechts-radikalen Organisation, um sich in die Innenpolitik der Bundesrepublik einzumischen? Und: Wo bleibt der Unvereinbarkeitsbeschluß der CDU zur Konservativen Aktion?
(-/22.7.1983/ks/va)

+ + +

